

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 19

Rubrik: Wer sorgt für Frieden? : Welt und Weltorganisation

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Was die Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten (Westjordanien und Gaza) betrifft, gibt es nun Anzeichen, dass sie sich vorerst mit der Selbstverwaltung abfinden werden. Sie wissen wohl: Auch Rabin würde einen unabhängigen palästinensischen Staat in Westjordanien unter der Führung der PLO nicht zulassen.

Seit ihrer Gründung 1964 stand die PLO im Dienste der sowjetischen Aussenpolitik, ohne freilich dem eigenen Ziel nur um einige Zentimeter näher gekommen zu sein. Moskaus Interessen entsprechend, sorgte die PLO dafür, in dieser Region die politischen und militärischen Spannungen aufrechtzuerhalten. Neben dem politischen kamen die Sowjets auf diese Weise zu einem zweifachen wirtschaftlichen Gewinn: Für Erdöl lieferten sie an die Araber uneingeschränkt Waffen; und weil die Spannungen die Ölpreise lange Zeit hoch gehalten hatten, konnte die Sowjetunion ihre riesigen eigenen Erdölexporte sowie das für Waffen erhaltene arabische Öl auf dem Weltmarkt äusserst vorteilhaft absetzen. Nach der Selbstauflösung der Sowjetunion steht hinter Arafat ausser dem irakischen Diktator Saddam Hussein kaum noch jemand.

Doch die Palästinenser werden möglicherweise bald eine Chance erhalten, in einem eigenen Staat zu leben: in Jordanien nämlich. Heute hat Jordanien eine palästinensische Bevölkerungsmehrheit, die in der Führung des Landes unterrepräsentiert ist. Falls der schwer erkrankte jordanische Herrscher König Hussein ausfällt, kann man davon ausgehen, dass es in der Staatsführung — trotz geregelter Nachfolge — zu Turbulenzen kommt. Der jordanische König ist ein sehr geschickter politischer Taktiker, der für sein Land kaum ersetzbar ist. Ob sein Nachfolger dem palästinensischen Druck standhalten könnte, scheint fraglich.

Export der iranischen Revolution

Alles in allem: Die gegenwärtige Konstellation bietet Washington einmalige Chancen, die Lage um Israel zu entspannen oder zumindest in

diese Richtung einen grossen Schritt zu tun. Das Machtvakuum, das in diesem Raum durch den Zerfall der Sowjetunion entstanden ist, ermöglicht der US-Regierung, die militanten Araber zu überzeugen, dass es der falsche Weg war, die arabische Einheit allein auf der kollektiven Feindschaft gegen Israel abzustützen. Dabei waren sie auch nur Handlanger der sowjetischen Aussenpolitik, die ausschliesslich das Ziel hatte, den Nahen Osten unter seine Kontrolle zu bringen. Wenn Syrien mitmacht, könnte der von den Amerikanern initiierte Friedensprozess zu ei-

nem ähnlichen Erfolg führen wie 1978 «Camp David» und für Präsident Bush im Wahlkampf eine solide Mehrheit bringen.

Freilich kann man den ganzen Nahostkonflikt in sechs Wochen keineswegs beilegen. Aber sehr viel Zeit wird Washington auch nach den Präsidentschaftswahlen nicht haben, um das Gebot der Stunde zu nutzen. In das Machtvakuum, das die Sowjets hinterlassen haben, dringen in jedem arabischen Land die vom Iran gelenkten Fundamentalisten, die Träger der islamischen Revolution, vor.

Auf die Fahne dieser absolut antiwestlich eingestellten militant-religiösen Organisationen ist die kompromisslose Vernichtung Israels geschrieben. Wie gefährlich diese Entwicklung ist, lässt sich am Beispiel Algerien ablesen. Starke Divisionen haben die Fundamentalisten auch in den «Schlüsseländern» Saudi-Arabien und Ägypten. Der Iran, der die islamische Revolution exportiert und finanziert, stellt für die westlichen Industrieländer keineswegs eine mindere Gefahr dar als der Irak des Saddam Hussein. ■

Welt und Weltorganisation

Wer sorgt für Frieden?

Massenmörderische Konflikte à la Jugoslawien oder Somalia werfen unter anderem eine konkrete Frage auf: Wer sorgt für Frieden, wenn «die dort» es nicht zu tun vermögen?

Dazu gibt es eine Menge von bisher wenig tauglichen Antworten, aber generell zuständig ist niemand, es sei denn die UNO. Und diese muss zur Lösung ihrer Aufgabe erst tauglich gemacht werden. Dafür wiederum bedarf es, nicht zuletzt im hochnähsigen Europa, einer Prämisse: Man muss sie ernst nehmen. Besonders dann, wenn man selber ernstlich nichts zustande gebracht hat.

In unserer Zeit nehmen die Konflikte zu, und wenn man ihre Austragung abwartet, um sich das jeweilige Instrumentarium der Bereinigung zu überlegen, zusammenzustellen und gelegentlich noch einzusetzen, hinkt man den blutigen Ereignissen unweigerlich hinterher und gibt jenen recht, welche zum Beispiel mittels «ethnischer Säuberungen» ihr eigenes *Fait accompli* schaffen, damit durchkommen und zur Nachahmung ermuntern.

Ja, das bezieht sich auf Jugoslawien und den vermeintlich natürlichen

europäischen Rahmen einer Lösung. Allein schon der zeitliche Verzug in der Einigung über die territorialen Anerkennungsprobleme hat un wiederbringliche Verluste in mehrfacher Hinsicht zugelassen.

Die Europäische Gemeinschaft nannte 1991 die Lösung des Jugoslawienproblems ihre eigene Sache und verhedderte sich. Erst wollte sie die bereits inexistente Einheit von vorher retten. Noch Ende letzten Jahres rügten die EG-Partner die Deutschen wegen ihrer Absicht, die neuen Staaten anzuerkennen. Dann taten sie es selber, und die fehlende Konsistenz zeichnet ihr weiteres Vorgehen aus bis heute. Hinzu kommt, dass Jugoslawien ausserhalb der EG-Zuständigkeit liegt, und die Gemeinschaft ist so wenig wie die KSZE darauf angelegt, einer schon stattfindenden Waffengewalt noch Einhalt zu gebieten.

Die UNO ist es, vorausgesetzt, dass ihr Sicherheitsrat einen entsprechenden Beschluss fasst. Was die Blauhelme gegenwärtig in Jugoslawien tun, ist Nothilfe und keine Befriedungsaktion. Es fehlt an einem Mandat, das weiter ginge. Nicht zuletzt der Westeuropäer wegen, welche finden,

man könne die Weltorganisation immer noch zur Entgegennahme von Weisungen bitten, wenn das erwünscht sei. Das ist Unterordnung in die falsche Richtung.

Man hat der UNO vorgeworfen, nur dann eingriffstauglich zu werden, wenn die amerikanische Grossmacht sie zu diesem Zweck mobilisiere. Aber wenn es ihr an Eigengewichtigkeit fehlt, liegt es ganz speziell am europäischen Verhalten, das zu korrigieren. Boutros Ghali, UNO-Generalsekretär seit diesem Jahr, ist dazu fähig und willens. Der ehemalige ägyptische Aussenminister, der den Frieden seines Landes mit Israel herbeigeführt hat (und Preisträger der Berner Stiftung für Freiheit und Menschenrechte 1983 war), ist bereits daran gegangen, das UNO-Generalsekretariat funktions-tüchtig zu machen. Er könnte der UNO jene spezifische Autorität verschaffen, die ihr noch fehlt. Er hat schon zu verstehen gegeben, dass er sich nicht als Hilfskellner an den Tisch der Euroseigneurie winken lässt. Um so besser für die UNO und ihre wahrhaftig brennenden Aufgaben auf dieser Erde. *Ian Tickle*